

Bundeswehr-Strahlenopfer

Schon 60 Millionen Mark Schmerzensgeld verlangt

22.06.2001 (Quelle: [Kölner Stadt-Anzeiger](#))

Mehr als 130 strahlengeschädigte Bundeswehrsoldaten verlangen von der Bundesregierung Schmerzensgeld von insgesamt bis zu 60 Millionen Mark.

Einen Tag nach der Ankündigung von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), schneller und großzügiger Hilfe finden zu wollen, überreichte der Anwalt von 132 ehemaligen Radarmechanikern, Reiner Geulen, dem Minister am Freitag die Forderung nach Schadensersatz und Rentenversorgung.

Falls es bis zum 16. Juli keine Signale zur Anerkennung der Ansprüche gebe, werde Klage erhoben.

Eine vom Verteidigungsministerium eingesetzte Kommission hatte festgestellt, dass Radartechniker der Bundeswehr an den Folgen von unzureichendem Strahlenschutz in den 60er und 70er Jahren erkrankt sind. "Die Bundeswehr hat ihre Beschäftigten im Radarbereich wohlwissentlich verheizt", sagte Geulen.

In Berichten technischer Behörden sei die Bundeswehr mehrmals vor der starken Strahlung der Radargeräte gewarnt worden. Sie habe das 5000- bis 20.000-fache der höchstzulässigen Belastung betragen.

"Mit bescheidenen finanziellen Mitteln hätte die Strahlung verhindert werden können", sagte Geulen. 96 Radarmechaniker leiden nach Angaben der Kanzlei an Krebserkrankungen wie Leukämie, Lymphdrüsen- und Hodenkrebs. 29 Personen seien bereits gestorben.

Unter seinen Mandanten befänden sich auch fünf ehemalige DDR-Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA). Zwar seien Rentenzahlungen für sie schwerer zu erwirken. Ihnen stehe aber das Recht auf Schmerzensgeld zu.



Created: 23.06.2001 Updated: 24.06.2001